

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Absage an Fremdenhass und Antisemitismus

**Wien wurde wieder rot –
klares Votum gegen
Haider**

Die Wienerinnen und Wiener haben der FPÖ am 25. März 2001 die bisher größte Niederlage ihrer Geschichte bereitet. Die SPÖ konnte ihre Stellung als die Partei des „Roten Wiens“ wiedererlangen:

nämlich als mandatsstärkste Partei über eine absolute Mehrheit im Gemeinderat zu verfügen. Den Freiheitlichen sind gegenüber der Wahl von 1996 fast 63.000 Wähler davongelaufen, die SPÖ gewann mehr als 42.000 hinzu. Die Mandatsverteilung im Landtag und Gemeinderat von Wien sieht jetzt so aus: SPÖ 52 (vorher 43), FPÖ 21 (29), ÖVP 16 (15), Grüne 11 (7).

Die Willenserklärung der Wiener Wähler war deutlich. Sie war erstens ein Test für die schwarz-blaue Regierungspolitik: Diese wurde eindeutig verurteilt. Einmal wegen der unsocialen Maßnahmen, die – entgegen den Beteuerungen der Regierung – gerade den „kleinen Mann“ empfindlich treffen. Dazu kommt der gerade erst durch die Urteile des Verfassungsgerichtshofs wieder offenkundig gewordene Gesetzespfusch, der dem „Drüberfahren“ als Methode einer Regierungsmannschaft ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellt. Einer Mannschaft, die seitens der FPÖ durch den wiederholten Austausch ihrer Minister ihre Unprofessionalität unter Beweis gestellt hat. Aber mindestens ebenso bedeutsam ist es, dass die Wiener Wähler zeigten: Mit Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit, wie sie die FPÖ auch in diesem Wahlkampf propagierte – die Spitzenkandidatin ließ ihre Plakate so affichieren, dass „Ausländer“ und „Kriminalität“ in der Regel nebeneinander standen –

ist nichts mehr zu gewinnen. Die Integration hat zu greifen begonnen. Und auch der hektische Austausch des Spitzenkandidaten machte die demokratiegefährdende Spitzelaffäre nicht vergessen.

Vor allem aber war das Wählervotum eines gegen Jörg Haider, der sich im Wahlkampf nicht nur engagierte (so absurd es war: Der Kärntner Landeshauptmann lachte von den Wiener Wahlplakaten), sondern sich mit seinen antisemitischen Attacken gegen den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde (siehe Seite 2) einen Tabubruch in der österreichischen Nachkriegspolitik leistete, der seinesgleichen sucht. Die große Mehrheit der Wiener zeigte mit ihrem Wahlverhalten, dass sie mit einer solchen widerwärtigen Stimmungsmache nichts zu tun haben will.

Dieser FPÖ standen die Sozialdemokraten mit einem volksnahen Spitzenkandidaten und seinem Team gegenüber, die nicht nur auf eine erfolgreiche Kommunalpolitik hinweisen konnten, sondern sich zu Wien als einer weltoffenen Stadt bekannten, in der es für Fremdenhass und Ausgrenzung keinen Platz geben darf, die weiterhin einen sozial ausgewogenen Kurs fährt, die Bildungsmöglichkeiten für alle absichert und die – nicht zuletzt durch Ablehnung von Privatisierungen um jeden Preis – für Arbeitsplätze und das Funktionieren der für die Allgemeinheit wichtigen Einrichtungen sorgt. Bürgermeister Michael Häupl steht für diese Politik und er findet dafür breiteste Zustimmung. Und sein Wahlsieg in Wien hat der gesamten SPÖ Auftrieb gegeben, mit noch stärkerer Kraft dafür zu kämpfen, dass die Mehrheit der Österreicher im Jahr 2003 „wienerisch sprechen“ wird.

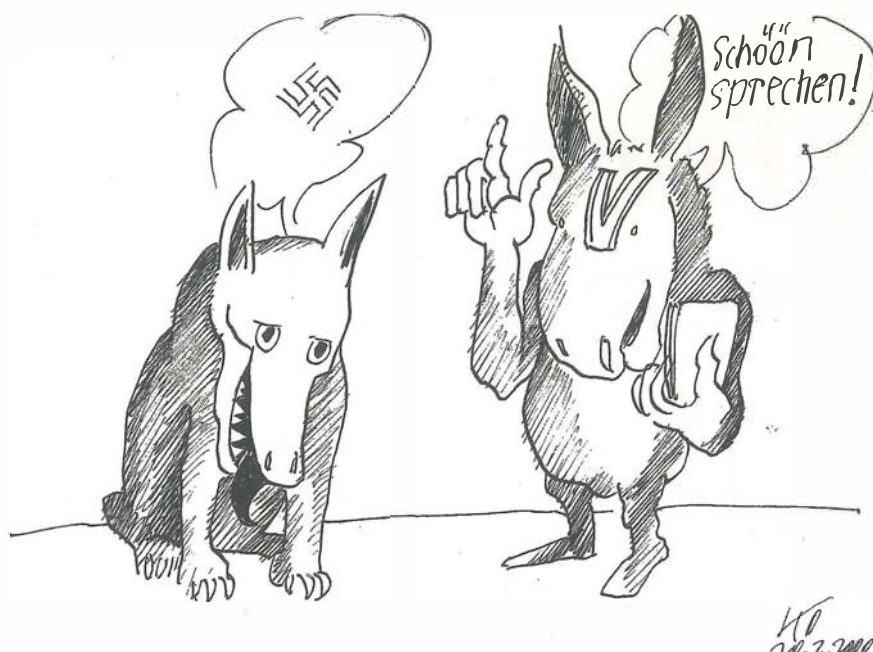
Da die Gespräche mit ÖVP und Grünen keine Möglichkeit für eine Koalition im Rathaus ergaben, werden die Sozialdemokraten, wie bis 1996, wieder allein regieren. ■



Foto: VWZ

**Spitzenkandidat Michael Häupl
dankt den Wienern für ihr Vertrauen**

Haider kennt keine Grenzen mehr



Die Karikatur stammt von unserem Vorstandsmitglied Alfred Kohlbacher, der seine Arbeiten jüngst in der Ottakringer SPÖ-Sektion Sandliten ausstellte

Gebiet wie dem Antisemitismus. Aber dieser Mut des Herrn Haider ist ein sehr trauriger. Denn hinter dem antisemitischen Wahn stehen Hass, Verfolgung und letzten Endes Pogrom und Mord. Ariel Muzicant sei humorlos, traut sich Haider's Adlatus Westenthaler den Chef zu verteidigen. Aber bei solchem „Humor“ müsste nicht nur Muzicant, da müsste eigentlich jedem Anständigen das Lachen im Hals stecken bleiben. Zu Recht wurde Haider nun von dem Beschimpften geklagt.

Was traurigen Mut anlangt, steht freilich Bundeskanzler Schüssel dem „Humoristen“ Haider nur wenig nach. Tagelang hatte er zu dessen Äußerungen geschwiegen und dann sich zur Bemerkung bequemt, eine Aschermittwochrede sei schließlich kein „politisches Hochamt“. Und etwas verklausuliert, um sich nur ja nicht offen von Haider zu distanzieren, meinte der Kanzler: „Wir wollen keine Scherze mit Namen, nicht einmal das angedeutete Spiel mit Emotionen, was Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betrifft ...“ Was Haider nur anspornte, bei anderen Wahlveranstaltungen in Wien erneut seine schäbigen Wortspiele zu betreiben.

SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer rügte die „unangebrachte Gelassenheit“ des Regierungschefs und forderte erneut eine klare Verurteilung. Der Haider-Sager, so Gusenbauer, stelle einen unverzeihlichen Tabubruch dar.

Bekanntlich haben auch die Nazis, lange bevor sie an die Macht kamen, den Antisemitismus häufig durch Wortspiele mit jüdischen Namen angeheizt. Einen Antrag der SPÖ im Parlament gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit hat die schwarz-blaue Mehrheit erwartungsgemäß abgeschmettert. Optimisten haben geglaubt, Schüssel gelinge es, Haider zu zähmen; aber das, was sich im Zusammenhang mit den antisemitischen Auslassungen des Kärntner Landeshauptmannes – ja, er ist das noch immer! – abspielt, zeigt mit aller Deutlichkeit, wie abhängig dieser Bundeskanzler ist: von den „Geistern, die er rief“, um an die Macht zu gelangen. ■

Jörg Haider, Nochlandeshauptmann von Kärnten und einfaches Mitglied der FPÖ, wird immer mehr zu einem Risiko für Österreichs Ansehen in der Welt. Offenbar betreibt er seine Politik nach dem Motto: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's völlig ungeniert.“ Freilich – mit Humor hat es nichts mehr zu tun, wenn ein österreichischer Politiker jede Hemmung fallen lässt – sei es aus einem unbewältigten Innenleben heraus, sei es, weil er damit alte, überwunden geglaubte Ressentiments in Teilen der Bevölkerung anzusprechen hofft – und mit Antisemitismus Politik machen will. Wahrscheinlich stimmt beides: Aus Haider kommt heraus, was in ihm vom Elternhaus her drinnen ist, und wenn ihm dabei zugejohlt wird, glaubt er sich eins mit einer „Volksseele“, für deren Auswürfe nach den Tragödien des 20. Jahrhunderts kein Platz mehr sein darf.

Vielleicht haben manche geglaubt, die in der ganzen Welt verbreiteten „Sager“ über die Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs und die Anständigkeit der SS seien „Ausrutscher“ gewesen, vielleicht wollten sie daran glauben, dass Haider's Unterschrift unter die Regierungserklärung „Verantwortung für Österreich“ – mit ausdrücklicher Distanzierung von Rassismus und Antisemitismus – etwas gilt. Sie wurden nun eines Schlechteren belehrt.

Haider setzte schon im Wiener Wahlkampf ungeniert Antisemitismus ein. Bei der Wahlkampfveranstaltung der FPÖ in Wien-Oberlaa

am 21. Februar 2001 sagte der „Gastredner“ aus Kärnten: „Der Häupl hat einen Wahlkampfstrategen, der heißt Greenberg ... (lautes Lachen im Saal) ... den hat er von der Ostküste einfliegen lassen! Liebe Freunde, ihr habt die Wahl, zwischen Spin-Doctor Greenberg von der Ostküste oder dem Wienerherzen zu entscheiden ... (tosender Applaus) ... Wir brauchen keine Zurufe von der Ostküste. Jetzt ist es einmal genug!“ In Österreich weiß man seit der Waldheim-Affäre, wofür „Ostküste“ steht – damals war es ein von ÖVP-Kreisen und der „Kronen Zeitung“ gebrauchtes Deckwort. Da diese Rede wenig beachtet blieb, dürfte Haider zur Ansicht gelangt sein, er müsse zulegen, wenn sein „Wahlkampfschlager“ wirken sollte. So etwas rutscht einem auch in einer Faschingsveranstaltung nicht heraus. (Wieso überhaupt Fasching? Der Aschermittwoch ist ja eigentlich ein Besinnungs- und Fasttag.) Dort, in Ried, leistete er sich offenbar ganz bewusst in seinem Rundumschlag gegen in- und ausländische Politiker die unsäglichste Anpöbelung des Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde: „Der Herr Ariel Muzicant: I versteh überhaupt net, wie ana, der Ariel haaßt, so viel Dreck am Stecken haben kann ... (Gelächter und Applaus) ... Des versteh i überhaupt net ... Das wird er schon morgen kommentieren, nicht; aber i bin da nit sehr schreckhaft, in diesen Fragen.“ Schreckhaft: Das ist er nun nicht einmal mehr auf einem so historisch belasteten



Wir gedenken des 12. Februar 1934

Wien-Brigittenau

Die zentrale Februarfeier der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und der Wiener SPÖ-Bildung fand heuer im Winarskyhof in der Brigittenau statt. Bezirksvorsteher Karl Lacina gab in seiner Ansprache einen Überblick über die Ereignisse, die zum 12. Februar führten, als sozialdemokratische Schutzbündler als Erste in Europa bewaffneten Widerstand gegen die faschis-



Karl Lacina

tischen Zerstörer der Demokratie leisteten. Bundesvorsitzender Alfred Ströer wies darauf hin, dass



Im Winarskyhof, Wien 20

die Austrofaschisten durch die Verfolgung der Sozialdemokraten Österreich der stärksten Kraft beraubten, die Hitler hätte entgegen treten können.

Bürgermeister Michael Häupl mahnte, die Lehre aus der Geschichte des Februar 1934 zu ziehen, die auch für die öster-

reichische Gegenwart von höchster Bedeutung sei: dass allen Versuchen, die sozialen Errungen-schaften zu schmälern, die von der Arbeiterbewegung geschaf-fenen Einrichtungen zu behin-dern und autoritäre Tendenzen zu verfolgen, von Anfang an zu wehren sei. ■

Wien-Ottakring

Die Februarfeier der SPÖ Ottakring fand in der Kreitnergasse 29–31 statt. Der Bezirksparteivorsitzende, Labg. Christian Oxonitsch, wandte sich gegen die Politik der schwarz-blauen Regierung und gegen deren demokratiefeindliche und autoritäre Tendenzen. Die Sozialdemokratie müsse den Anfängen wehren – das sei auch das Vermächtnis des 12. Februar 1934. Der Ehrenobmann der SPÖ Ottakring, DÖW-Präsident Hubert Pfoch, schilderte in einer ausführlichen Darstellung den Weg Österreichs und der öster-

reichischen Arbeiterbewegung vom Untergang der Habsburger-monarchie über das Polizeimas-saker vor dem Justizpalast 1927 bis zu den Kämpfen im Februar 1934 und der austrofaschistischen Dollfuß-Schuschnigg-Regierung bis zum Einmarsch Hitlers. Die „Dollfußstraße“ führte zu Hitler und den Galgen für Februar-kämpfer; und der massenhaften Einkerkierung und Einweisung ins Lager Wöllersdorf folgte die Nazidiktatur mit Hunderttausenden österreichischen Opfern des Widerstandes, der Verfolgungen und des Krieges. ■

Wien-Hietzing



Theo Maier beim Denkmal für Karl Münchreiter

Beim Münchreiter-Denkmal in Hietzing gedachten die Freiheitskämpfer Karl Münchreiters, der von den Austrofaschisten als Verletzter auf der Bahre zum Galgen geschleppt worden war. Theo Maier hielt die Gedenkrede und mahnte, dass gerade in unserer Gegenwart „niemals zu vergessen“ von besonderer Bedeutung sei.

Auch Jugendliche aus Wiener Neustadt legten einen Kranz nieder.

Wien-Favoriten

Die SPÖ Favoriten gedachte gemeinsam mit den Favoritner Freiheitskämpfern beim Mahnmal am Reumannplatz der Opfer des Faschismus der Jahre 1934–1945.

In seinen Begrüßungsworten geißelte SPÖ-Bezirksobmann NR Anton Gaál mit scharfen Worten die volksfeindliche Politik der schwarz-blauen Regierung. LAbg. a. D. Herta Slabina erinnerte in ihrer Gedenkrede an den ehrenhaften Kampf des Schutzbundes 10 gegen Heimwehr, Polizei und Militär. Sie verwies auf die illegale Arbeit vieler Favoritner, allen voran Otto Probst, Franz Koci und Johann Pölzer.

Manche Vorgangsweise der jetzigen Koalition beschwöre Erinnerungen an die Vergangenheit herauf – der Bespitzelungsverdacht ebenso wie der Versuch, die Arbeiterjugend von den Universitäten zu verdrängen und in Jahrzehnten erkämpfte soziale Einrichtungen zu beseitigen. Slabina bat die Teilnehmer abschließend, ihr Versprechen zu erneuern: die Lebenden zu mahnen und die Opfer niemals zu vergessen. Zusammen mit Gaál und Slabina legte der Bundesehrentvorsitzende NR a. D. Leo Mistingher einen Kranz roter Nelken vor dem Mahnmal nieder.

Am Abend desselben Tages fand auch auf dem Gelände der Ankerbrot-Fabrik eine Gedenkfeier statt.

Leoben – Bruck/Mur

Der Landesverband Obersteiermark der Freiheitskämpfer und die SPÖ gedenken alljährlich in den Bezirken Leoben und Bruck an der Mur am 12. Februar der Opfer, die für Freiheit und Demokratie ihr Leben lassen mussten. Dabei wirkt stets einer der wenigen noch lebenden Schutzbündler, Fritz Inkret, mit. Er verteidigte im Februar 1934 mit nur vier Genossen gegen eine Übermacht von 30 Heimwehrlern und sechs Gendarmen die Murbrücke. Beim befohlenen Rückzug nach Göss wurden die Schutzbündler gefangen genommen.

Am 15. Februar stand Fritz Inkret als erster steirischer Schutzbündler vor dem Standgericht. Nach sechsständiger Verhandlung wurde er dem Schwurgericht überwiesen; die mutigen Aussagen eines Gendarmeriebeamten und eines befreundeten Heimwehrlers bewahrten ihn vor dem sicheren Tod. Inkret gibt seine Erinnerungen heute an Schulklassen, auch bei Exkursionsfahrten nach Mauthausen, weiter – unter dem Motto: „Niemals vergessen!“

Kapfenberg



Gedenken auf dem Stadtfriedhof

Alljährlich am 12. Februar gedenkt die SPÖ Kapfenberg der Opfer des Freiheitskampfes im Jahr 1934. Heuer würdigte Bürgermeister und SPÖ-Vorsitzender Manfred Wegscheider den Mut und Einsatz von Koloman Wallisch und seinen Getreuen. Kapfenberg und die Böhlerwerke waren eines der obersteirischen Widerstandszentren gegen den Austrofaschismus. Wegscheider wandte sich auch gegen alle demokratiefeindlichen Tendenzen der gegenwärtigen Politik. „Wir werden überall dort aufstehen, wo Freiheit und Recht in Gefahr sind“, sagte er. Die SPÖ Kapfenberg gewann bei den Wahlen im Frühjahr 2000 rund zehn Prozent dazu und hält somit eine Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat.

Innsbruck

Die Veranstaltung zur Erinnerung an den 12. Februar 1934 und an die Zeit des Nationalsozialismus fand in würdigem Rahmen, am Denkmal in der Reichenau, statt. Die Ansprache von Genossin Sigrid Marinell, umrahmt von einem Bläserquartett, fand große Aufmerksamkeit. Die Zahl der älteren Menschen, die an unserer Februarfeier teilnehmen, nimmt von Jahr zu Jahr zu. So war es auch diesmal; doch war auch festzustellen, dass Jüngere und Junge in vermehrter Anzahl bei der Veranstaltung waren.



Gedenken beim Wöllersdorf-Denkmal

Wiener Neustadt

Beim neu aufgestellten und renovierten Mahnmal in Wöllersdorf fand eine beeindruckende Gedenkfeier der Wiener Neustädter Freiheitskämpfer statt. Vorsitzender der NR a. D. Dr. Johann Stippel konnte auch eine Delegation aus dem Bezirk Baden, unter Leitung von NR Otto Pendl, sowie die sozialdemokratischen Bürgermeister der umgebenden Gemeinden und nahezu den gesamten Stadtsenat aus Wiener Neustadt begrüßen. Bundesvorsitzender NR a. D. Alfred Ströer ging in seiner Festrede auf die Entwicklung der Ersten Republik ein, erläuterte das Werden des Faschismus mit seinen furchtbaren Auswirkungen und warnte eindringlich vor ähnlichen zukünftigen Entwicklungen. Die Gedenkveranstaltung wurde durch die Darbietungen eines Bläserquintetts des Josef-Matthias-Hauer-Konservatoriums umrahmt.

Sankt Pölten

Die Februargedenkkundgebung der Landesorganisation NÖ der Freiheitskämpfer fand auf dem Hauptfriedhof St. Pölten, beim Gedenkstein für die vom Dollfuß-Regime hingerichteten Schutzbündler Viktor Rauchenberger und Johann Hois statt. „Das Gedenken an den 12. Februar 1934 ist eine Ehrensache für die Sozialdemokratie“, sagte der NÖ-Landesvorsitzende Karl Gruber. Ausführlich legte er die historische Tragödie dar, die zum Austrofaschismus und in der Folge zur Hitlerdiktatur führte. „Der Austrofaschismus hat die politische Kultur Österreichs geschändet“, sagte er mit Blick auf den Staatsstreich von Dollfuß, der sich zur Marionette Mussolinis machte und den Wiederezusammentritt des Parlaments verhinderte. Karl Gruber erinnerte an die Errichtung des Lagers Wöllersdorf, das Verbot des Schutzbundes und die ständigen Provokationen der Heimwehr und ihrer in der Regierung sitzenden Führer, die zum Februar 1934 führten. „Die österreichischen Arbeiter waren die ersten, die sich gegen den Faschismus mit der Waffe in der Hand zur Wehr gesetzt haben. Dieses geschichtliche Vermächtnis müssen die Sozialdemokraten hochhalten!“



Am Grab der hingerichteten Schutzbündler

Mauthausen-Gedenken

Die Gedenkkundgebung im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen anlässlich der 56-jährigen Wiederkehr der Befreiung der Häftlinge wird von der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen und Mauthausen Aktiv Österreich in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Mauthausen-Comitee am Sonntag, 6. Mai 2001, um 11 Uhr in der Gedenkstätte veranstaltet.

Bereits in den Wochen vor dieser Hauptgedenkfeier finden an den Gedenkstätten der Nebenlager St. Aegyd, Rechnitz, Peggau, Hinterbrühl, Wr. Neustadt und Ansfelden-Kremsdorf Gedenkkundgebungen statt. Im Mai gibt's Termine in Linz/Vöest, Wien/Saurerwerke, Weyer-Diepoldsau, Lenzing, Vöcklabruck und Redl-Zipf (alle 4. Mai), in Schloss Hartheim, Gunskirchen, Ebensee, Amstetten, Braunau und Gusen (5. Mai), in Melk, Steyr, Wien-Floridsdorf und am Loibl-Pass (7. Mai); am 30. Juni sind Termine in St. Pantaleon und Neumarkt vorgesehen.

(Nähere Auskünfte Tel.: (01) 212 83 33)

Zeitzeuge in Hürm

Dr. Franz Danimann bleibt unermüdlich, wenn es darum geht, als Zeitzeuge jungen Menschen die Schrecknisse des Naziterrors zu vermitteln.

So sprach er jüngst auf Einladung der Religionslehrerin Karin Redlingshofer vor Schülern der 3. und 4. Klasse der Hauptschule in Hürm, NÖ, über seine Erlebnisse in Auschwitz. Ohne Übertreibungen und erhobenen Zeigefinger versuchte er den Kindern die Hölle des KZ, und wie es dazu kommen konnte, zu erklären. „Wer schweigt, scheint zuzustimmen“: Unter diesem Motto standen damals und stehen heute die politischen Aktivitäten Danimanns.

Die „NÖN-Woche“ berichtete ausführlich über den Vortrag des Zeitzeugen.

Busfahrt-Einladung

Die Bezirksgruppe Wien-Innere Stadt der Freiheitskämpfer lädt zur Teilnahme an einer Busfahrt nach Osteuropa ein. Sie führt über Warschau nach St. Petersburg, Vaivara, Tallinn (Estland) und Riga (Lettland). Die Reise findet von 21. bis 30. Juni 2001, also in der Zeit der „Weißen Nächte“, statt. Preis: ca. € 12.500,- (Basis Halbpension im Doppelzimmer), zuzüglich Visagebühren.

Auskünfte und Anmeldung: Edith Krisch, Tel.: (01) 534 27-277, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at

61.000 Opfernamen im Internet

Seit kurzem sind die vorläufigen Ergebnisse des DÖW-Projekts „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ auch auf der Website des DÖW abrufbar. Die Datenbank enthält Informationen zum Schicksal von ca. 61.000 österreichischen Opfern des Holocaust und wird laufend erweitert. Aufgelistet werden Name, Vorname und Geburtsdatum des Opfers, der Zielort der Deportation und, soweit bekannt, das Todesdatum.

Eine Dokumentation schildert die Shoah der österreichischen Jüdinnen und Juden.

Der Schwerpunkt liegt auf dem Zielpunkt der Deportationen. Erfasst wurden: Auschwitz, Belzec, Chelmno/Kulmhof, Izbica, Kielce, Kowno/Kaunas, Lagow, Lodz/Litzmannstadt, Majdanek-Lublin, Maly Trostinec, Minsk, Modliborzycze, Nisko, Opatow, Opole, Riga, Sobibor, Theresienstadt, Treblinka und Wlodawa.

Weitere Beiträge betreffen das Jahr 1938, jüdische Opfer der NS-Euthanasie, kleinere KZ-Transporte 1943–45, aus Österreich geflüchtete bzw. emigrierte und ermordete Juden sowie Befreiung und letzte Massaker.

Verzetnitsch: Den Anfängen wehren!

In Verantwortung für Österreich. Erinnern wir uns: Es gilt, den Anfängen zu wehren.“ – Mit diesen Worten schloss ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch seine Ansprache bei der Jahresversammlung 2001 des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes am 13. März, nachdem er in scharfen Worten die jüngsten antisemitischen Äußerungen des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider verurteilt und seine Solidarität mit den jüdischen Mitbürgern ausgedrückt hatte.

In seiner Rede erinnerte Verzetnitsch an den „Geist der Lagerstraße“, der 1945 den Aufbau einer demokratischen Zweiten Republik über ideologische Grenzen hinweg ermöglicht habe. Die Männer und Frauen der ersten Stunde hätten sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus bewährt. Ihren Beitrag zur Befreiung Österreichs habe das DÖW wissenschaftlich aufgearbeitet und Sorge so für zeitgeschichtliche Aufklärung, würdigte Verzetnitsch die Tätigkeit des DÖW und erinnerte dabei an die Worte des Literaturnobelpreisträgers Elias Canetti, der gesagt hat: „Ich wüsste nichts, was wichtiger wäre als

die Kenntnis dieses Archivs. Viel mehr Menschen müssten davon wissen.“

Weiter wies der Redner darauf hin, dass das DÖW in den siebziger Jahren begonnen habe, sich mit dem Rechtsextremismus auseinander zu setzen – was insofern von besonderer Wichtigkeit gewesen sei, als durch revisionistische Historiker versucht worden sei, die Verbrechen des NS-Regimes zu verharmlosen. So konnte der Verunsicherung in Lehrer- und Schülerkreisen, nicht zuletzt auch durch den Einsatz von Zeitzeugen, entgegengewirkt werden. In diesem Zusammenhang zeigte Verzetnitsch auf, dass die infamen antisemitischen Anspielungen Haiders im krassen Widerspruch zu dem von Schüssel und Haider bei Antritt der schwarz-blauen Regierung unterzeichneten Abkommen „Verantwortung für Österreich“ stehen. Bei der Generalversammlung erstattete der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Dr. Wolfgang Neugebauer, den beeindruckenden Tätigkeitsbericht für das Jahr 2000. DÖW-Präsident Hubert Pfoch dankte bei der Begrüßung der Gäste für die verständnisvolle Unterstützung



Fritz Verzetnitsch

des Archivs durch den scheidenden Bezirksvorsteher Dr. Richard Schmitz.

Der Schauspieler Otto Tausig las aus Werken von in der NS-Zeit verfolgten und ermordeten Schriftstellern.

Museum in Ebensee

Am 28. März 2001 wurde in der Salzkammergutgemeinde Ebensee ein Museum eröffnet, in dem die politische Geschichte Österreichs von 1918 bis 1955 dokumentiert wird, wobei auch regionalgeschichtlichen Quellen in ihrem Bezug zur gesamtösterreichischen Entwicklung gezeigt werden. Zu sehen sind rund 1.000 Fotos, Plakate und Dokumente sowie Video- und Akustikstationen und eine Diaschau. Schwerpunkte: Politische „Lagerkultur“ der Ersten Republik, Bürgerkrieg 1934, Austrofaschismus und Ständestaat, Nationalsozialismus und Widerstand, Umgang mit der NS-Vergangenheit. Verbunden mit dem Museum ist die Gedenkstätte für das 1943 errichtete Konzentrationslager, mit der Ausstellung im Stollen Nr. 5.

Museumsleiter ist Dr. Wolfgang Quatember (Kontakt: 4802 Ebensee, Kirchengasse 5, Telefon: 06133/56 01, E-Mail-Adresse: museum@utanet.at).

Abschied von Leo Mistingner

Unmittelbar bei Redaktionsschluss erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser Ehrenvorsitzender, Abg. z. NR a. D. Leo Mistingner, am 3. April, wenige Tage nach seinem 97. Geburtstag, verstorben ist.

Mistingner war von Jugend an in der sozialistischen Bewegung aktiv. Nach dem Februar 1934 war er mehrmals in den Kerkern des Austrofaschismus inhaftiert. Während der Naziherrschaft wurde er ins KZ Flossenbürg deportiert. Nach 1945 engagierte er sich beim Aufbau der SPÖ Fünfhaus.

1945 wurde er Wiener Gemeinderat. Ihm ist eine Kinderhilfsaktion und der Aufbau von „Jugend am Werk“ zu danken.

Von 1963 bis 68 war Mistingner Bezirksvorsteher von Rudolfsheim-Fünfhaus. In weiterer Folge war er Bezirksobmann der SPÖ Fünfhaus und Abgordneter zum Nationalrat. 1989 wurde er mit der Auszeichnung „Bürger von Wien“ geehrt. Von 1990 bis 92 war Mistingner Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und seit 1996 deren Ehrenvorsitzender.



Leo Mistingner †
Gemeinderat, Bezirksvorsteher & Nationalrat



Ehrung für einen Antifaschisten: Anton Benya, Karl Schlögl, Alfred Ströer

Sie bauten Österreich

Der 80. Geburtstag und die Verleihung des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich an Genossen Prof. Alfred Ströer waren Anlass für die Bildungsorganisation der SPÖ Niederösterreich, zu einer Festveranstaltung einzuladen. Unter dem Motto „Sie bauten Österreich“ trafen sich rund 150 Freunde und Weggefährten sowie Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im neuen NÖ-Haus der Landespartei in St. Pölten.

Historische Hintergründe, persönliche Erfahrungen und Erlebnisse prägten das Zeitzeugengespräch, dass die Historikerin Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl mit dem Jubilar führte. Die Festansprachen von Nationalrats- und ÖGB-Präsident a. D. Anton

Benya, LH-Stv. Mag. Karl Schlögl und Landesobmann Labg. a. D. Karl Gruber würdigten Ströers Leistungen in Partei und Gewerkschaft und sein vorbildhaftes Engagement im Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus. Beeindruckend auch die Grußbotschaften des krankheitsbedingt verhinderten Bundeskanzlers a. D. Dr. Fred Sinowatz und von Kardinal Dr. Franz König sowie Professor Herbert Krejci.

Labg. a. D. Karl Gruber würdigte das Wirken Alfred Ströers mit folgenden Worten: „Aus dem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie geht ganz klar und deutlich hervor: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, die von nationalsozialistischen und politischen Kräften geführt oder instrumen-

talisiert werden, bedrohen die Würde und Sicherheit der Menschen und sind daher eine Gefahr für das friedliche und demokratische Zusammenleben. Sozialdemokraten sind konsequente Antifaschisten und setzen sich für die Erfüllung des antifaschistischen Auftrags der österreichischen Bundesverfassung ein. Unser oberstes Gebot ist es also, stets für die Menschenrechte einzutreten.

Wir müssen deshalb alle Kräfte der Sozialdemokratie mobilisieren, damit der Neokonservatismus und der Neofaschismus keine Chance haben. Alfred Ströer hat in seinem Lebensweg als aufrechter Demokrat gelebt, die Hölle der Gestapokeller erlebt und ergab gutes Zeugnis ab für Österreichs Demokratie.“

Zum 100. Geburtstag von Rosa Jochmann

Am 19. Juli 1911 wurde Rosa Jochmann geboren. Aus Anlass ihres 100. Geburtstags wird eine Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten vorbereitet:

□ Ausstellung „Die Simmeringer Rosa – Ein Leben für Freiheit und Menschenwürde“, veranstaltet vom Bezirkskulturverein Simmering im Amtshaus, 1110 Wien, Enkplatz 2 (im Rahmen der Bezirksfestwochen). Eröffnung 31. 5. 2001, 18.30 Uhr. Die Ausstellung ist vom 31. 5. bis 24. 6. und vom 16. 9. bis 14. 10. 2001, jeweils Freitag 10–12 und 15–17 Uhr sowie Sonntag 10–12 Uhr, zu besichtigen.

□ Ausstellung im Parlament, voraussichtlich im Abgeordneten-sprechzimmer.

Eröffnung 27. 6. 2001, 17.30 Uhr; Laufzeit bis 13. 7.

□ Kranzniederlegung am 19. 6. 2001.

Als weitere Aktivitäten sind vorerst in Überlegung: eine Wanderausstellung durch die Bundesländer (geplant von den SPÖ-Frauen und -Freiheitskämpfern), eine Gedenktafel an Rosa Jochmanns Geburtshaus, ein wissenschaftliches Symposium (Renner-Institut und SPÖ-Frauen) im Herbst 2001 und anderes.

Rüge für „Staberl“

In der „Neuen Kronen Zeitung“ hat der Kolumnist „Staberl“ alias Richard Nimmerrichter das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) als „Denunziationsarchiv“ bezeichnet. Dies stelle eine schwere Verletzung journalistischer Verantwortung dar, erklärte der Österreichische Presserat. „Staberl“ habe damit die Berufspflichten der österreichischen Presse verletzt. Es könne nicht hingenommen werden, dass eine dem Staatswohl unbestritten dienende Einrichtung herabgesetzt werde.

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Herbert Exenberger, Karl Gruber, Heribert Haring, Maria Kaiser, Edith Krisch, Bruno Liszka, Peter Lhotzky, Leo Mistinger, Ing. Ernst Nedwed, Dr. Gerald Netzl, Helmut Pekler, Johann Stippel, Hans Waschek, Hannes Weninger und Dr. Manfred Scheuch (redaktionelle Leitung). – An der Ausgabe 1-2-3/2001 hat Jana Müller mitgearbeitet. Redaktionsschluss: 2. 4. 2001.

„Du bist das erste Weib, das

Vor hundert Jahren, am 27. Mai 1901, wurde Maria Emhart in Sankt Pölten geboren. Als einer der aufrechtsten Sozialdemokratinnen drohte ihr seitens des austrofaschistischen Regimes zweimal der Tod: Im Februar 1934 entging sie der standrechtlichen Hinrichtung, im großen Sozialistenprozess des Jahres 1936 verlangte der Staatsanwalt für sie wegen „Hochverrats“ die Todesstrafe. In ihren Rosa Jochmann übergebenen Erinnerungen erzählt sie über die Tage, in denen sie half, den Widerstand der Schutzbündler im Traisental zu organisieren. Zuerst holte sie mit einer Jugendgruppe vom Betriebsrat des nahe gelegenen Kohlenbergwerks dort gelagerte Eierhandgranaten und Sprengstoff, die per Fahrrad in Rucksäcken in die Au, wo sich die

Schutzbündler sammelten, gebracht wurden. Der Kampfplan war, die Eisenbahnlinie durch Sprengungen zu unterbinden und einen sternförmigen Angriff auf die Kasernen zu unternehmen. Zunächst mussten aber noch die vor dem Verbot des Republikanischen Schutzbunds durch Dollfuß verborgenen Waffen ausgegraben werden.

„Der Genosse, der das Maschinengewehr bedienen sollte, war im Dienst“, berichtet „Mitzi“ Emhart. „Ich ging seinen Stell-

vertreter holen. Daraus entstand dann die Legende, ich hätte das Maschinengewehr bedient.“

Als die Kämpfe begannen und schon mehrere Genossen verwundet waren, mangelte es an Verbandszeug. Emhart lief in ihre nahe gelegene Wohnung und holte welches, das sie als Skisportlerin zu Hause hatte.



Maria Emhart 1934 ...

„Mich hatten zwei Heimwehrlaute gesehen, wie ich mit dem Verbandszeug gelaufen bin. Das sollte mir zum Verhängnis werden. Ebenso, dass zwei Schutzbündler dem Aufruf des Bundeskanzlers folgten, die Waffen abzuliefern, und dabei angaben, ich hätte das alles organisiert.“ Die Übermacht war zu groß. Am nächsten Morgen wussten die Schutzbündler, dass alles vergebens war. Zu Hunderten wurden sie verhaftet.

Maria Emhart kam zunächst durch, obwohl sie von der Gen-

darmerie bereits seit Tagen gesucht worden war. Dann fiel sie Heimwehrlern in die Hände. – „Zum Glück“, sagt sie, weil diese kein Recht zu standrechtlichen Hinrichtungen hatten. „Sie sagten mir, ich wäre die Rädelsführerin gewesen und ich würde das erste Weib sein, das gehängt würde. Ich wurde in meine Wohnung



... und nach 1945 als Bürgermeisterin von Bischofshofen

esortiert und musste meinen Skianzug mitnehmen. Die Heimwehr behauptete, ich hätte eine Schutzbunduniform angehabt. Ich musste also den Anzug in der Bezirkshauptmannschaft, das war das Hauptquartier der Heimwehr, anziehen.

Man gab mir einen Schusterriemen als Überschwung, hängte mir einen Revolver um und fotografierte mich. Dann kamen die Judasse und wurden gefragt, ob ich so ausgesehen hätte. Sie bejahten es. Ich wurde zwar nicht geschlagen, aber wüst

beschimpft. Ich bekam keinen Sessel, wurde den ganzen Tag verhört und spät abends in den Polizeiarrest gebracht. Von mir erfuhren sie gar nichts. Erst im Polizeiarrest kam mir zu Bewusstsein, dass ich in einer schlimmen Lage war, und ich habe heimlich geweint. Dann, in der Früh, sagte der Polizist, als mich zwei Kriminalbeamte abholten: „Herr Inspektor, haben Sie’s gehört, das Standrecht ist aufgehoben.“ Da fiel mir ein Stein vom Herzen.“

In dem nachfolgenden Prozess wurde Maria Emhart, die angab, während der Februartage auf einer Skihütte gewesen zu sein (was der Hüttenwirt bestätigte), mangels an Beweisen freigesprochen. Doch die Heimwehr gab sich damit nicht zufrieden, besoffene Heimwehrlaute überfielen sie in ihrer Wohnung und erklärten sie für verhaftet. Ihr Mann und die anderen

Hausbewohner konnten dies verhindern, doch ein Polizist verriet ihr, sie würde in wenigen Tagen in „Schutzhafte“ genommen werden.

Maria Emhart fuhr nach Wien und ging zu Rosa Jochmann. Da sie nach der Haft nur noch 47 Kilogramm wog, wurde sie mit falschen Papieren nach Davos gebracht. Nach Wochen der Erholung kehrte sie als „Grete Mayer“, von Schweizer Genossen geführt, über die Silvretta nach Österreich zurück. Da Rosa Jochmann inzwischen „hoch-

hängt.“

„Merken Sie sich:
Ich bin Sozialistin!“

gegangen“ war, wurde Maria Emhart an ihrer Stelle niederösterreichische Landesleiterin der illegalen Revolutionären Sozialisten. Über Weihnachten und Neujahr 1935 fuhr sie zur Konferenz nach Brünn und führte dort mit Karl Hans Sailer den Vorsitz. Wenige Tage nach der Rückkehr nach Wien wurde sie verhaftet und nach langen Monaten der Untersuchungshaft begann am 16. März 1936 gegen die 28 Angeklagten der Prozess; für Emhart wie für Sailer beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe.

„Besondereindrucksvoll, weil menschlich großartig, war die Rede der Textilarbeiterin Marie Emhart“, schreibt Bruno Kreisky, der selbst beim Prozess die politisch bemerkenswerteste Verteidigungsrede gehalten hatte, in seinen Memoiren. „Ich stamme aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie und habe alle Not und Entbehrung mitgemacht, die man mitmachen muss, wenn man so tief unten zur Welt kommt wie ich“, sagte sie.

Und: Sie fühle sich „im Sinne des Gesetzes nicht schuldig“, denn: „Wir Sozialisten haben uns nicht selbst vom Boden der Legalität entfernt, sondern wurden in die Illegalität gedrängt.“ Das internationale Aufsehen, das der Prozess und die Verteidigungsreden der Angeklagten erregten, trug dazu bei, dass die Richter keineswegs den drakonischen Anträgen des Staatsanwalts folgten. Maria Emhart fasste mit 18 Monaten Kerker die zweithöchste Strafe nach Karl Hans Sailer aus. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet.



Unsere Ehrenvorsitzende Erna Musik feiert dieser Tage ihren 80. Geburtstag.

In der austrofaschistischen Zeit und während der NS-Herrschaft in Österreich war sie im Widerstand tätig. Von der Gestapo 1943 verhaftet, nach Auschwitz und später nach Ravensbrück deportiert, war sie dort gemeinsam mit Rosa Jochmann dem SS-Terror ausgeliefert. Über ihre Verhaftung und den späteren Prozess gegen den Mann, der sie denunziert hatte, berichtet sie:

„Anfang 43 bin ich nach Auschwitz gekommen. Hoppgegangen bin ich mit meinem Mann, der war im Widerstand. Wir haben uns einmal alle an der Alten Donau

getroffen, nachher bin ich erst draufgekommen: Das sind die illegalen Sozialisten gewesen. Die ganze Besatzung haben sie damals erwischt – darunter auch mich. Nachdem ich aber Halbjüdin bin, war die Sache gelaufen: Die haben mich sofort ins Lager gesteckt, ohne Verhandlung. Ich hätte auch kein Kind haben dürfen (Erna Musik hatte damals bereits ein dreimonatiges Töchterchen; Anm. d. Red.), das ist ja Rassenchande gewesen. Dazu kam, dass der Hönisch, der Ortsgruppenleiter, mich auf jeden Fall weghaben wollte. Der hat seine Macht komplett ausgespielt ... Nach dem Krieg bin ich Zeugin gewesen im Prozess gegen ihn. Hochschwanger bin ich in die Leopoldstadt zur

Verhandlung gekommen. Ich hab den kleinen Dreck dort sitzen gesehn; zwei Schritte, und schon hat er links und rechts eine picken gehabt. Eine Mordstrumm Watschen. Der Richter ist halbert narisch worden, aber ich hab nicht anders können.

Das war für meinen Bruder, den ich sehr geliebt hab. Dem hat der Hönisch damals in der Kristallnacht zwei Ohrfeigen verpasst. Acht Jahre hat er gekriegt dann, aber nur viere abgesehen ...

Fragt mich der Richter nachher: „Na, Frau Kronzeugin, was würden Sie dem Mann geben?“ Ich hab eine Weile geschaut, dann hab ich gesagt: „Ich würd ihm ein Bett geben, dass er schlafen kann, würd ihm was zu essen geben, dass er anständig essen kann, und ihn so lang arbeiten lassen, bis Wien wieder die Perle ist, die die Nazis übernommen haben.“ – „Sie sind aber sehr human“, hat der Richter gemeint. Hab ich ihn angeschaut: „Ich bin Sozialistin, merkens Ihnen das! Wenn ich anders entscheiden tät, gäb's immer wieder nur Hass. Und das darf es net geben ...“

Erna Musik war nach der Befreiung Spitzenfunktionärin des Freien Wirtschaftsverbandes und in der Brigittenau SPÖ-Sektionsleiterin und Bezirksrätin.

Für ihre Verdienste im Widerstand wurde sie von der Republik und vom Land Wien ausgezeichnet. In den letzten Jahren sprach sie als Zeitzeugin in Schulen und bei Jugendorganisationen.

Die Freiheitskämpfer gratulieren ihrer verdienten, immer noch aktiven Jubilarin herzlichst.

Wir gratulieren:

Zum 99. Geburtstag: Louise Axelrad, Leopold Hlavacek, Karl Mach, Wien. **98. Geburtstag:** Rudolf Horak, Wien. **97. Geburtstag:** Franz Pesek, St. Pölten; Robert Weingartner, Wien. **96. Geburtstag:** Aloisia Grünwald, Karl Strasser, Wien. **95. Geburtstag:** Rudolf Guttmann, Pottendorf; Friederike Schneeweiss, Salzburg; Josef Dorfer, Zederhaus. **94. Geburtstag:** August Cerov, Bruck/Mur; Johann Moser, St. Katharein/Laming; Milli Reitlinger, Ema Teynor, Johann Thöne, Wien.

93. Geburtstag: Franz Komarek, Dr. Erna Sailer, Josef Votter, Wien. **92. Geburtstag:** Anna Baumgartner, Furth/Göttweig; Hellmuth Rattacher, Rum; Josef Fencel, Wilhelm Reiter, Pauline Rescheiter, Wien. **91. Geburtstag:** Max Hendrich, Bruck/Mur; Paula Billes, Eisenstadt; Aloisia Biss, Gablitz; Josef Frana, Karoline Sperlich, Johann Spitzauer, Anny Zahalka, Wien.

90. Geburtstag: Anton Mies, Ternitz; Prof. Dr. Alfred Gisel, Siegfried Jellinek, Paula Wiesinger, Wien.

85. Geburtstag: Gustav Gronich, Friedl Mayerhöfer, Johann Schwab, Hilda Steiner, Johann Tosnar, Wien.

80. Geburtstag: Franz Altenberger, Bad Ischl; Josefine Tschematschar, Hallein; Adele Obermayr, Innsbruck; Erich Müller, Judenburg; Elise Glanzer, Klagenfurt; NR a. D. Georg Kriz, Krems/Donau; Hermann Annewanter, Kufstein; Maria Müller, Leoben; Friedrich Menghin, Mariasdorf; Alois Kraushofer, Mödling; Maria Hammer, Puch/Hallein; Hermine Neudorfer, Salzburg; Josef Weinberger, St. Pölten; Herta Blatz, Rosa Böck, Dr. Wera Dittrich, Hella Fixel, Leopoldine Kirchenberger, Othmar Mayerl, KR Ernestine Musik, Prof. Franz Pfaller, Anton Wiltschko, Dkfm. Rudolf Zeisler, Wien.

75. Geburtstag: NR a. D. Elli Zipser, Eisenstadt; Grete Rodler, Leopold Zellner, Korneuburg; Erich Binder, Herma Höglinger, Anna Prammer, Linz; Dr. Gerald Mader, Mattersburg; Editha Fischböck, Mödling; Peter Dobner, Grete Groll, Hermine Heinlein, Prof. NR a. D. Fritz Marsch, Otto Novak, Dr. Roman Roscher, Leopold Siczowsky; Ing. Ernst Weiss jun., Wien.

9. Josef-Hindels-Symposium

Das diesjährige Josef-Hindels-Symposium stand im Zeichen aktueller Themen. Über „Ein Jahr blau-schwarze Regierung und SPÖ-Opposition“ sprachen am 9. Februar Abg. Rudolf Edlinger, Botschafter Dr. Peter Jankowitsch und die Jungkandidatin Bettina Schwarzmayr. Am 10. Februar diskutierten Abg. Dr. Caspar Einem, Dr. Claudia Schmied und AK-Präsident Mag. Herbert Tumpel über

„Chancen und Perspektiven der EU-Erweiterung.“

Die überaus gut besuchte Veranstaltung im Karl-Czernetz-Bildungsheim, die traditionsgemäß vom Wiener Bildungsausschuss und vom Landesverband Wien der Freiheitskämpfer durchgeführt wird, wurde von Gemeinderat Dr. Michael Ludwig und vom Vorsitzenden der Wiener Freiheitskämpfer, Ing. Ernst Nedwed, moderiert.

Ehrung für „Ravensbrückerinnen“

Für ihren Einsatz gegen die Hitlerdiktatur wurden im März 15 Frauen der Lagergemeinschaft Ravensbrück mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet. „Diese Frauen haben etwas ganz Besonderes geleistet, ohne ihre Arbeit könnten wir nicht in Demokratie und Freiheit leben“, sagte Stadträtin Renate Brauner bei der Verleihung der Auszeichnungen. Die Geehrten sind Margareta Baumgartner, Charlotte Brainin, Antonia Bruha, Regine Chum, Elisabeth Dorowin-Zeissl, Charlotte Gelb, Lieselotte Haiss, Caja

Stojka, Hilda Krenn, Anna Redlinger, Aloisia Täubler, Irma Trksak, Johanna Vogel sowie posthum Eva Einberger und Antonie Nikola.

Irma Trksak betonte, dass die ausgezeichneten Frauen unter der verbrecherischen NS-Herrschaft den Mut aufgebracht hätten, gegen ein System zu kämpfen, das ganz Europa unsägliches Leid, Krieg und Vernichtung gebracht habe.

Seit ihrer Befreiung hätten sie es sich zur Aufgabe gemacht, alles zu tun, dass Menschen nie wieder erleiden müssen, was sie erlitten haben.



Symposium: Edlinger, Ludwig, Jankowitsch, Schwarzmayr



Symposium: Einem, Tumpel, Nedwed, Schmied

Sozialdemokraten in Buchenwald

Einem bisher wenig erforschten Gebiet ist die Untersuchung „Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald 1937-1945“ von Wolfgang Böll gewidmet (erschienen im Wallstein Verlag, Göttingen 2000). Der Autor weist in seiner Einleitung darauf hin, dass in der Bundesrepublik lange Jahre der Widerstand vom 20. Juli 1944 im Vordergrund stand, in der DDR wiederum war es der Widerstand der Kommunisten. Böll bedauert, dass es noch keine umfassende Gesamtgeschichte zur Verfolgung der Sozialdemokraten,

die ja schon 1933 begann, gibt. Sein Buch beleuchtet eingehend einen Teilaspekt dieses Themas. Sofort nach Errichtung des KZ Buchenwald bei Weimar (1937) wurden dort deutsche Sozialdemokraten aus Zuchthäusern und anderen Lagern eingeliefert. Nach dem „Anschluss“ kamen zahlreiche Österreicher, die zunächst in Dachau inhaftiert waren, nach Buchenwald; darunter auch die so genannten „politischen Juden“ Robert Danneberg, Heinrich Steinitz und Edmund Reismann. Sie wurden 1942 in Auschwitz ermordet. Ein

eigenes Kapitel ist der Rolle der Kommunisten in Buchenwald gewidmet. Im Anhang sind Kurzbiographien der deutschen und österreichischen Häftlinge abgeschlossen. Von den 44 österreichischen „Buchenwaldern“, deren Biographien Herbert Exenberger beistellte, haben sieben den Naziterror nicht überlebt. Neben den drei bereits erwähnten Genossen waren dies Otto Kanitz, Hans Kunke und Ferdinand Tschürtz, die in Buchenwald von der SS ermordet wurden. Roman Felleis starb bei einem Bombardement. ■

Ein „Buchenwalder“ wurde 80



Josef Staribacher
feierte seinen
80. Geburtstag

Am 25. März konnte „Happy Pepi“ doppelt happy sein: Josef Staribacher konnte sich über den glänzenden Wahlsieg seiner Partei in Wien freuen und er feierte gleichzeitig seinen 80. Geburtstag. Josef Staribacher war durch seine sozialdemokratische Familie von früher Kindheit an geprägt. Der „Ständestaat“ drängte auch die Roten Falken in den Untergrund; die Kontakte, die Staribacher mit seinen Freunden aufrecht erhielt, brachten schon den 15-Jährigen zeitweilig ins Gefängnis. Das hinderte ihn nicht daran, die illegalen Aktivitäten fortzuführen, wofür die Gestapo kein Verständnis zeigte: Noch nicht 18, kam Staribacher ins KZ-Buchenwald (bis 1940), das für ihn auch zum Ort der kraftpendenden Begegnung mit gestandenen Sozialdemokraten wie Karl Maisel und Otto Probst wurde. Zum Stein- und Offset-

drucker ausgebildet, holte er in Abendkursen die Matura nach und machte den Doktor der Staatswissenschaften. Sein einstiger Fachschullehrer Bruno Pittermann brachte ihn in die Wiener Arbeiterkammer; dort wurde er schließlich Kammeramtsdirektor. In SPÖ und Gewerkschaft aktiv, wurde er Bezirksvorsitzender der SPÖ Landstraße und Obmann der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter. Bruno Kreisky holte den als Wirtschaftsexperten bewährten Nationalratsabgeordneten 1970 als Minister für Handel, Gewerbe und Industrie in sein Kabinett; in dieser Funktion entfaltete er – rasch bekannt durch seinen unkonventionellen Stil – 13 Jahre lang eine unermüdliche und wirkungsvolle Tätigkeit. Sein Optimismus und seine Fröhlichkeit brachten Josef Staribacher den freundlichen, von der Öffentlichkeit rasch aufge-

Widerstand in Floridsdorf 1945

Der Kulturverein „21.art.lab“ startet am 21. April 2001 um 10 Uhr in Floridsdorf Am Spitz seine Aktivitäten mit einem Gedenken an die Opfer des Faschismus im 21. Bezirk. Auf Initiative von GR Dr. Michael Ludwig und unter der künstlerischen Leitung von Mag. Kurt Brazda, Dr. Bernd Gallob, Mag. Herwig Libowitzky und Markus Vorzellner, wird an das Ende der NS-Terrorherrschaft in Wien erinnert. Im Mittelpunkt steht die „mobile Gedenkstätte“, ein aus dem 2. Weltkrieg stammender Lkw, auf dessen umgebauter Ladefläche bis 17 Uhr Zeitzeugeninterviews in Form von Videoaufnahmen zu sehen sein werden. Auf dem Boden vor dem Amtshaus werden mit drei weißen Kreisen jene Stellen markiert, an denen am 8. April 1945 Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke hingerichtet wurden. ■

griffenen Spitznamen „Happy Pepi“ ein. – Herzlichen Glückwunsch zum 80. Geburtstag! ■

Wiederbetätigung: Dürr verurteilt

Drei Jahre Freiheitsstrafe, davon ein Jahr unbedingte, lautete das Urteil gegen den Gründer der „Partei Neue Ordnung“, den Ex-Freiheitlichen und Landwirt Robert Dürr. Der 43-jährige Burgenländer war der nationalsozialistischen Wiederbetätigung und des Verstoßes gegen das Verbotsgesetz für schuldig befunden worden. Dürr nannte das Verbotsgesetz ein „Gauner- und Verbrecherschutzgesetz“ und das Geschworenengericht eine „politische Zirkusvorstellung“. Die Antwort auf Fragen zu seinen Kontakten zur NPD verweigerte er.



Der Todesmarsch von Langenstein



Foto: privat

„Vernichtung durch Arbeit“-Gedenkstein

Das Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge in Sachsen-Anhalt, zehn Kilometer südwestlich von Halberstadt, ist wenig bekannt. Dennoch ist seine Geschichte in zweierlei Hinsicht erschreckend: wegen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge sowie wegen der hohen Zahl an Opfern, die die Evakuierung des Lagers mit sich brachte.

Am 21. April 1944 trafen die ersten Häftlinge – ein Vorkommando aus Buchenwald, dessen Aufgabe der Aufbau des Lagerkomplexes war – in Langenstein ein. Während SS-Unterkünfte und Lagerverwaltung richtig

ausgebaut wurden, mussten die Häftlinge ihr elendes Dasein in den Rohbauten von Baracken fristen. Als Essgeschirr dienten Konservenbüchsen. Ähnlich wie in Mittelbau-Dora mussten die KZler ein umfangreiches Stollensystem mit primitivsten Werkzeugen in den Berg graben. Die Stollengrundfläche betrug 730.000 Quadratmeter!

Das Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge war Teil des „Jäger-Programms“ der Nazis. In den unterirdischen Stollen wurden Teile für Düsenjäger und für die Produktion der V2-Raketen in Mittelbau-Dora hergestellt.

Das dunkelste Kapitel in der

Geschichte des Lagers stellt der Todesmarsch dar. In dem knappen Jahr, in dem das Lager existierte, waren insgesamt 7.200 Menschen interniert. Anfang April 1945 stellte die SS sechs Kolonnen zusammen. Von den 3.000 Häftlingen, die am 9. April das Lager verließen, haben nur 500 die Todesmärsche überlebt. Am 11. April befreiten Truppen der US-Armee die verbliebenen 1.600 schwerkranken Häftlinge. An der Gedenkstätte für die Opfer des KZ befinden sich ein Mahnmal mit Teilen des erhalten gebliebenen Lagerzauns und ein Gedenkstein mit Reliefs, „Vernichtung durch Arbeit“, von Wolfgang Roßdeutscher. ■

1923 und heute: „Alles wird veräußert“

Unter diesem Titel veröffentlichte Käthe Leichter (1942 im KZ Ravensbrück ermordet) in der „Arbeiter Zeitung“ vom 30. Dezember 1923 einen Artikel, der sich in der Zeit der schwarz-blauen Privatisierungen in vielen Passagen fast aktuell liest. Nachstehend einige Auszüge.

„In Österreich beginnt die Überantwortung staatlicher Funktionen an das Privatkapital einen erschreckenden Umfang anzunehmen. Was sich in Politik, Wissenschaft und Kunst abspielt, erhält seine gesicherte Grundlage in der Übertragung immer weitergehender Wirtschaftsfunktionen des Staates an das Privatkapital: Die Veräußerung der Staatsbetriebe vollzieht sich, wenn auch Stück für Stück und unauffällig, so doch in einer Aufeinanderfolge, die das System erkennen lässt ...

Sogar die herrschende Lehre des Liberalismus in der Nationalöko-

nomie hat für gewisse Wirtschaftsbetriebe, in denen die Wahrung öffentlicher Interessen vor das private Erwerbsinteresse gestellt sein muss, die Vorteile des Staatsbetriebes zugestanden ... Und nicht nur der Umfang, auch die Form der Wirtschaftstätigkeit wurde zur Diskussion gestellt ... Der amerikanische und französische Eisenbahnbericht, das österreichische Sozialisierungsprogramm und der Finanzplan der österreichischen Sozialdemokratie, die Untersuchungen der deutschen Sozialisierungskommission – sie alle sind zu demselben Ergebnis gekommen: dass der Ausweg zwischen dem von Erwerbsinteressen geleiteten Privatbetrieb und dem alten bürokratischen Verwaltungsbetrieb des Staates nur der im öffentlichen Eigentum stehende, von Vertretern der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft mitverwaltete und kontrollierte, nach kauf-

männischen Grundsätzen gemeinschaftliche Betrieb sein könne ...“

Nach der Untersuchung zahlreicher Beispiele kommt Käthe Leichter zu dem Schluss:

„Nicht nur auf politischem Gebiet, hier, bei der Überantwortung staatlichen Eigentums und staatlichen Einflusses an das Privatkapital, fällt die Entscheidung darüber, ob die österreichische Republik durch ihre Ohnmacht gegenüber dem Finanzkapital die letzten Reste ihrer Selbständigkeit verlieren und zu einem Staatswesen werden soll, das völlig unter dem Diktat des Großkapitals steht. Die Arbeiterschaft wird hier wohl auch ein Wörtchen mitzureden haben.“

Dieser Beitrag ist vollständig nachzulesen in der Anthologie ermordeter sozialistischer Schriftsteller „Als stünd' die Welt in Flammen“ (Herausgeber Herbert Exenberger, Mandelbaum-Verlag, Wien 2000). ■



Foto: Ravensbrück Institut

Käthe Leichter schrieb fundierte Kritik am Kapitalismus

Franz Juricas langer Weg nach Hause

Unser Genosse Franz Jurica ist kürzlich im Alter von 89 Jahren gestorben. Ein Rückblick auf sein Leben ergibt ein Schicksalsbild der Wechselfälle, in die der Einzelne durch die politischen Vorgänge des 20. Jahrhunderts gestoßen werden konnte.

Geboren 1912 in einer Ottakringer Arbeiterfamilie, erlernte er den Beruf eines Kunsttischlers. Doch nach der Ausbildung war er die meiste Zeit arbeitslos. – Die jungen Burschen fanden in den Heimen der Arbeiterbewegung und bei den Wehrtturnern eine Heimstatt; im Sommer waren Wienerwald und Inundationsgebiet „Wohnzimmer“. Im Jahr 1934 war Franz dabei, als die Austrofaschisten das Arbeiterheim in der Kreitnergasse sturmreif schossen. Der Verhaftung entzog er sich durch Flucht in die Tschechoslowakei. Im Lager Chocarad waren die geflüchteten Schutzbündler zur Untätigkeit verurteilt. Deshalb folgte Jurica mit vielen anderen dem Angebot der „Roten Hilfe“, in die Sowjetunion zu emigrieren. Zunächst arbeitete er in einem Großbetrieb in Charkow, wo er zum Dreher ausgebildet wurde. Dann begann er eine Technikausbildung in Odessa. Als er 1936 von einem Alpinismuskurs zurückkehrte, war das Technikum geschlossen – die „große Säuberung“ hatte begonnen. Man schlug Franz vor, Geschichte zu studieren. Über Vermittlung der Komintern erhielt er eine Lehrerstelle in Mariental in der damals noch bestehenden Wolgadeutschen Sowjetrepublik. Zum Unterschied von anderen Schutzbündlern hatte er Glück: Er fiel

nicht Stalins Säuberungswahn zum Opfer, sondern wurde sogar Sowjetbürger. 1941 wurden die Wolgadeutschen nach Mittelasien ausgesiedelt, Jurica kam als Armeeingehöriger nach Iwdel in den arktischen Norden. Als dort der Buchhalter starb, musste er dessen Stelle übernehmen.



Warten auf Heimkehr:
Franz Jurica in Alma Ata

1944 erreichte ihn ein Brief des KPÖ-Vorsitzenden Koplenig mit der Aufforderung, einem österreichischen Freiwilligenkorps der Roten Armee beizutreten. Franz stimmte brieflich zu. Am 12. Februar bekam er eine Vorladung vom NKWD. Er glaubte, nun diesen Dienst antreten zu können – aber: Es war die Einweisung in den GULAG. Franz wurde nach Egibasdus in der Salzwüste Kasachstans gebracht. Dort lernte er wiederum, wurde Zimmermann. Ein Lichtblick war, dass er dort seine Frau Elvira kennen lernte. Nach Stalins Tod wurde Jurica 1954 entlassen, war in einer Baubrigade und dann wieder

Deutsch- und Geschichtslehrer in Alma Ata. 1959 erhielt Juricas Mutter einen Brief aus Moskau, in dem ihr mitgeteilt wurde, dass ihr Sohn lebte. Aufgrund von Bemühungen Bruno Kreiskys und Franz Olahs gelang es schließlich, dass Franz Jurica 1961 nach Österreich zurückkehren konnte. In seinem neuen Heimatbezirk Brigittenau war er Schulungsreferent im SPÖ-Bildungsausschuss und Mitarbeiter des Bezirksmuseums. Obwohl er in seinem Leben viel an Ungerechtigkeit, Intoleranz und manchmal auch Verachtung geerntet hatte, blieb er immer ein Vorbild.

Wir werden ihn nie vergessen. ■

Er war der Letzte

Josef Wacke ist tot. Er starb, 90-jährig, am 8. Februar 2001. Er war der letzte lebende Angeklagte des großen Prozesses gegen die Revolutionären Sozialisten des Jahres 1936. In einer sozialdemokratischen Familie aufgewachsen, fand er neben dem WAT in der SAJ und dem Schutzbund seine politische Heimat. Er begann Pädagogik, Psychologie und Germanistik zu studieren und war Ferialerzieher bei den Kinderfreunden. Schon 1933 musste er wegen „Ärgerniserregung“ – er hatte sozialdemokratische Flugblätter vor dem Schloss Schönbrunn verteilt – in den Arrest; 1935 durfte er „wegen illegaler Betätigung“ nicht weiterstudieren. Am 1. Juli 1935 wurde er unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet. Gemeinsam mit Karl Hans Sailer, Marie Emhart, Roman Felleis, Bruno Kreisky und anderen wurde ihm der Prozess – der weltweites Aufsehen erregen sollte –, gemacht. Obwohl, wie es im Urteil hieß, der Verdacht weiterbestehe, wurde er (wie auch Jonas) mangels an Beweisen freigesprochen. Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft war Wacke als Erzieher und Heimleiter in Lehrlingsheimen tätig. Er war mit Bruno Kreisky in freundschaftlicher Verbindung und wurde in den Vorstand der Alt-SAJ gewählt. Seine letzte Ruhestätte fand er nun auf dem Südwestfriedhof.



Sklaven- und Zwangsarbeiterents

In jüngster Zeit haben wir über verschiedene Entschädigungsfonds berichtet. Um einen Überblick über die einzelnen bestehenden oder demnächst zu errichtenden Fonds zu geben, haben wir eine Zusammenfassung erstellt:

1. Deutsche Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“
2. Österreichischer „Versöhnungsfonds“
3. Novelle zum „Nationalfonds“ der Republik Österreich
4. Entschädigungsfonds

Deutsche Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“

Personen, welche auf dem Gebiet des „Deutschen Reiches“ und in den von Deutschen besetzten Gebieten als Sklaven- oder Zwangsarbeiter in einem Konzentrationslager, in einem Ghetto oder in einer anderen Haftstätte unter vergleichbar unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden oder als Inhaftierte unter anderen vergleichbar harten Lebensbedingungen zur Arbeit gezwungen wurden, können, wie bereits mehrmals berichtet, an die von der Deutschen Regierung und Industrie gegründete Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einen Antrag auf Entschädigung stellen. Diese Stiftung ist auch für Häftlinge der Konzentrationslager Dachau und Mauthausen, jeweils mit Nebenlagern, zuständig.

Diese Antragsfrist endet am 11. August 2001. Berechtigte der Deutschen Stiftung wenden sich bitte an das Wiener Büro der IOM. Adresse: 1010 Wien, Nibelungengasse 13/4, Telefonnummer: 585 33 22-11 bzw. 0664/383 56 63.

2. Österreichischer „Versöhnungsfonds“

Für Sklaven- und Zwangsarbeiter, die auf österreichischem Gebiet arbeiten mussten, ist der österreichische „Versöhnungsfonds“ zuständig. Das Versöhnungsfonds-Gesetz sieht Leistungen an folgende Opfer der Sklaven- und Zwangsarbeit vor:

- 1) Zwangsarbeiter in Industrie und öffentlichem Dienst sowie Landwirtschaft und in persönlichen Dienstleistungen
 - 2) Sklavenarbeiter
 - 3) Politisch, aus Gründen der Abstammung und aus anderen Gründen verfolgte Zwangsarbeiter
 - 4) Besondere Härtefälle, d. h. Personen, welche durch den Zwangsarbeitseinsatz eine nachweislich schwere oder nachhaltige physische oder psychische Schädigung erlitten haben
 - 5) Kinder oder Minderjährige, welche vor Vollendung des 12. Lebensjahres zusammen mit einem oder beiden Elternteilen in das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht oder während des Zwangsarbeitseinsatzes der Mutter hier geboren wurden
 - 6) Frauen, die während der Zeit ihres Einsatzes als Zwangsarbeiterinnen Kinder in Ostarbeiterinnen-Entbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden
- Berechtigte der Österreichischen Stiftung können ihre Anträge unter folgender Adresse einreichen: Bundeskanzleramt, Versöhnungsfonds, Postfach 175, 1014 Wien. Das Büro des Versöhnungsfonds kann von Montag bis Freitag von 9. 00 bis 17. 30 Uhr, in Wien 1., Rotenturmstraße 16 –18 bzw. unter der Wiener Telefonnummer 513 60 16 kontaktiert werden. An ehemalige Kriegsgefangene, zu welchen auch Militärinternierte zählen, werden keine Leistungen erbracht.

3. Nationalfonds der Republik Österreich (Novelle)

Sofortige Entschädigung für Überlebende (Pauschalentschädigung).

Personen, welche um Pauschalentschädigung für entzogene Mietrechte an Wohnungen und Gewerbebetrieben, Hausrat bzw. persönliche Wertgegenstände ansuchen wollen, wenden sich von Montag bis Donnerstag, in der Zeit von 9. 00 bis 12. 00 Uhr, an den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, 1010 Wien, Schottengasse 10/5. Stock. Die

Wiener Telefonnummer lautet 408 12 63 bzw. 408 12 64. Die Postadresse ist wie bisher: A-1017 Wien, Parlament. Die Pauschalentschädigung wird US\$ 7.000,- betragen. Die Antragsfrist für die Pauschalentschädigung dauert ein Jahr ab Novellierung des Nationalfondsgesetzes am 23. Februar 2001, endet also am 22. Februar 2002.

4. Errichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds:

Die Österreichische Bundesregierung wird bis spätestens 30. April 2001 im Nationalrat eine Vorlage für das erforderliche Gesetz zur Errichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds einbringen. Das Gesetz wird in Kraft treten, sobald alle Beiträge bereitgestellt worden sind. Der Allgemeine Entschädigungsfonds wird ein freiwilliger Fonds sein, der an gewisse Antragsteller Zahlungen ohne Rechtsanspruch leisten wird. Dieser Fonds wird ein „Anspruchsverfahren“ und ein „Billigkeitsverfahren“ umfassen

a) „Anspruchsverfahren“

Das Gesetz über den Entschädigungsfonds wird vorsehen, dass Anträge auf Leistungen für Verluste und Schäden als Folge von oder im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem gegenwärtigen Territorium Österreichs während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs in den folgenden Kategorien entgegengenommen werden können:

- Liquidierte Betriebe, einschließlich Konzessionen („licences“) und anderes Betriebsvermögen
- Immobilien
- Bankkonten, Aktien, Schuldverschreibungen, Hypotheken
- bewegliches Vermögen, soweit es nicht von der Pauschalentschädigung abgedeckt wird
- Versicherungspolizzen

Um leistungsberechtigt zu sein, muss der Antragsteller nach erleichterten Beweisstandards Folgendes beweisen:

- Eigentumsrecht zur Zeit der Entziehung/

chädigung – Restitution

Arisierung/Liquidierung und

- Anspruch wurde niemals zuvor nach früheren Rückstellungsgesetzen entschieden oder einvernehmlich geregelt, oder eine derartige Entscheidung oder einvernehmliche Regelung stellte eine extreme Ungerechtigkeit dar, oder

- Anspruch wurde nach früheren Gesetzen aus Mangel an erforderlichen Beweisen abgelehnt; in Fällen, in denen derartige Beweise dem Antragsteller nicht zugänglich waren, aber in der Zwischenzeit verfügbar geworden sind.

b) „Billigkeitsverfahren“

Das Gesetz über den Entschädigungsfonds wird vorsehen, dass „Billigkeitszahlungen“ geleistet werden:

- für jede der im „Anspruchsverfahren“ erfassten Kategorien, falls der Antragsteller selbst unter erleichterten Beweisstandards nicht in der Lage ist, konkrete Ansprüche zu dokumentieren, jedoch Grund zur Annahme besteht, dass ein berechtigter Fall eines Vermögensverlustes vorliegt, oder

- für jede der im „Anspruchsverfahren“ erfassten Kategorien, falls der Anspruch zuvor nach früheren Rückstellungsgesetzen entschieden oder einvernehmlich geregelt wurde, die Mehrheit des entscheidenden Komitees jedoch Grund zur Annahme hat, dass die Entscheidung oder Regelung unzureichend war, oder
- falls die Mehrheit des Komitees Grund zur Annahme hat, dass der Antragsteller für berufs- oder ausbildungs-

bezogene Verluste während der Zeit des Nationalsozialismus auf dem gegenwärtigen Territorium Österreichs nicht ausreichend entschädigt wurde, oder

- für alle anderen Ansprüche, die sich aus oder im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus oder dem Zweiten Weltkrieg ergeben und vom Versöhnungsfonds oder der Schiedsinstanz nicht erfasst werden.

Definition von „Erben“

Das Gesetz über den Entschädigungsfonds wird vorsehen, dass Erben, wie im österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) definiert, leistungsberechtigt sein werden.

Der allgemeine Entschädigungsfonds wird erst mit der Zurücklegung aller gerichtsanhängigen Restitutionsforderungen in Kraft treten. Die so genannte „Rechtssicherheit“ ist Voraussetzung für die Einzahlung der Industrieunternehmen in den Fonds. Die Antragsfrist dauert zwei Jahre und beginnt mit In-Kraft-Treten des Fonds zu laufen. Der allgemeine Entschädigungsfonds wird dieselbe Adresse haben wie der Nationalfonds.

Zusätzliche Sozialleistungen für Überlebende

a.) Österreich wird die notwendigen Gesetze erlassen, um die Auszahlung des Pflegegeldes bis zur Stufe 7 so bald wie möglich an im Ausland

lebende Opfer des Nationalsozialismus zu ermöglichen
b.) Österreich wird so bald wie möglich Gesetzesänderungen betreffend Sozialleistungen für Opfer des Nationalsozialismus durchführen. Dies betrifft

- Abänderung des § 1(2) lit. f des Opferfürsorgegesetzes
- Abänderung des § 11 des Opferfürsorgegesetzes
- Abänderung der Definition „Haft“ in § 1(1) des Opferfürsorgegesetzes
- Abänderung des § 502 (6) des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG)

Mit diesem Beitrag geben wir einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen bezüglich der Sklaven- und Zwangsarbeiterentschädigung und der Restitution.

Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Genaue Informationen erteilen die genannten Fonds. Weiters bieten folgende Internetseiten Informationen an:

Gesetzestexte:

www.ris.bka.gv.at – alle österreichischen Gesetzestexte – noch gratis – abrufbar
www.bundesfinanzministerium.de – Gesetz über den Deutschen Fonds

Antragstellung:

www.nationalfonds.org bzw.
www.nationalfonds.parlament.gv.at
www.versoenhungsfonds.at
www.compensation-forced-labour.org

Das DÖW-Jahrbuch 2001

Rechtzeitig zur DÖW-Jahresversammlung ist das „Jahrbuch 2001“ des Dokumentationsarchivs erschienen. Es enthält eine Reihe von Untersuchungen mit dem Schwerpunkt Justiz.

Florian Freund befasst sich mit dem umfangreichsten der zahlreichen Prozesse, die über die Untaten im Konzentrationslager Mauthausen urteilen: mit dem im Frühjahr 1946 vom amerikanischen Militärgerichtshof in Dachau gegen 61 Männer durchgeführten Mauthausenprozess. Prominentester Angeklagter war der Gauleiter von „Oberdonau“, August Eigruber, der nach den beim Prozess getätigten Aussagen, gemeinsam mit Standartenführer Ziereis, der ärgste Scharfmacher war, der eine besonders unmenschliche Behandlung der Häftlinge verlangte. Er und 57 andere Angeklagte wurden zum Tod durch Erhängen (49 wurden tatsächlich hingerichtet) verurteilt.

Claudia Kuretsidis-Haider befasst sich mit dem „Fall Engerau“, der in insgesamt fünf Prozessen vor österreichischen Gerichten abgehandelt wurde. In der Nacht vom 29. auf den 30. März 1945 waren von den SA-Wachmannschaften 102 ungarische Juden auf dem Weg vom Lager Engerau (heute Petrzalka) nach Deutsch Altenburg auf oft brutalste Weise ermordet worden. Die drei Hauptangeklagten wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Mit einem der düstersten Kapitel in der Geschichte Österreichs nach dem „Anschluss“ befasst sich Winfried R. Garscha. Er wertete die bisher verfilmten Akten von Wiener Gerichtsverfahren wegen NS-Verbrechen aus. „Einen Einblick in die vielen Fälle, in denen das NS-Regime dem ‚goldenen Wienerherzen‘ die Möglichkeit zum Ausleben niedriger Instinkte eröffnete, bieten die Denunziationsprozesse“, charakterisiert der Autor die zusammen mit den Arisierungen in seiner Aufstellung besonders häufigen Delikte.

Mit dem Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener in Wien befasst sich Heinz Riedel, wobei er auch auflistet, wo sich Gräber solcher Gefangener befinden. Die sowjetische Besatzungsmacht zeigte daran kaum Interesse. Die überlebenden Kriegsgefangenen wurden nach ihrer Heimkehr zumeist zu langjähriger Lagerhaft verurteilt.

Stellungnahme zur Buchrezension „Adel im Widerstand“

Adel im „Konkurrenzfaschismus“

Die Aufwertung, die der konservative und monarchistische Widerstand in der letzten Nummer des „Kämpfer“ erfährt, ist für mich nicht nachvollziehbar. Nicht nur, dass sich ein Leserbriefschreiber bemüht fühlt, Otto Habsburg zu verteidigen, auch die Redaktion zielt mit einem Artikel über den Adel im Widerstand in die gleiche Richtung. Obwohl in diesem Artikel richtig bemerkt wird, dass der Adel zuerst mit den Austrofaschisten zusammengearbeitet hat und seinspäterer Widerstand

auf eine Renaissance der Monarchie hinzielte, werden daraus keinerlei Schlüsse gezogen. Im Gegenteil, das im einschlägig bekannten monarchistischen Verlag Amalthea erschienene Buch wird positiv rezensiert. Es ist aber eben nicht so, dass der Feind meines Feindes in jedem Fall mein Freund ist. Gerade diesem Irrtum sind ja auch einige Sozialdemokraten nach 1934 erlegen, die die Zusammenarbeit mit den Nazis suchten und nicht erkannt haben, dass es sich um die Konkurrenz zweier faschistischer Systeme handelte. Das deutsche, das gewonnen hat, hat sich seiner

Konkurrenz entledigt. Es war jedoch der unterlegene österreichische Faschismus, und mit ihm der ehemalige Adel, der die Heimwehr organisiert und die Arbeiterbewegung zerschlagen hat. Dabei war der Adel nur konsequent, schließlich war die organisierte Arbeiterbewegung von jeher der Feind der Kapitalisten aller Schattierungen. Mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung sind diese Kreise direkt verantwortlich für den Einmarsch der Hitlerwehrmacht 1938.

Warum sollen wir die einen gegen die anderen verteidigen? ■
Michael Bonvalot, Marseille



„Fürst“ Starhemberg

Otto Habsburg wollte Teilung Österreichs

Der Leserbriefschreiber Ing. S. H. Gruber hat in seinem Brief „Legitimisten im Exil“ in zwei Punkten Recht. Die österreichische sozialdemokratische Emigration in London, abgeschnitten von den Genossen in Österreich, hat – zum Unterschied von den Genossen in Stockholm rund um Bruno Kreisky – den Stimmungsumschwung für ein selbständiges Österreich nicht mitbekommen, wodurch es auch bedauerlicherweise zu keiner österreichischen Exilregierung gekommen ist. Er hat auch Recht, wenn er

schreibt, dass österreichische Legitimisten im Widerstand gegen Hitler einen hohen Blutzoll entrichtet haben. Schärfstens zurückzuweisen ist aber das Lob für Herrn Dr. Otto Habsburg-Lothringen. Offenbar weiß der Briefschreiber nicht, dass dieser in einem Brief vom Mai 1945 an US-Präsident Truman die Regierung Renner als kommunistisch denunziert und vorgeschlagen hat, Ostösterreich der Sowjetunion zu überlassen und Westösterreich mit Bayern zu einer Monarchie (unter

wem wohl?) zu vereinigen. Dies hätte die Teilung unseres Landes bedeutet. Als österreichischer Staatsbürger hat er damit Hochverrat begangen. Es ist bedauerlich, dass dieser Verrat auch in der sozialdemokratischen Presse kaum erwähnt wurde und daher der Öffentlichkeit fast unbekannt geblieben ist. So hat man den Verräter in einigen Gemeinden sogar zum Ehrenbürger gemacht. In anderen Ländern hätte man ihn vor Gericht gestellt. ■

Alfred Heinrich

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at>
Produktionsleitung: VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0
Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt
Zulassungsnummer: WoGZ 58 U